

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Statt Aufrüstung und Waffenexporten: In das Leben und die Zukunft investieren

Am 1. September 1939 – vor 81 Jahren – beginnt mit dem Einmarsch Nazi-Deutschlands in Polen ein Eroberungs-, Expansions- und Vernichtungskrieg, der über 60 Millionen Tote forderte.

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus: Der Befreiung Europas und der Welt vor 75 Jahren folgten weitreichende politische Konsequenzen, die einem Wiedererstarken von Nationalismus und Militarismus jegliche Grundlagen entziehen sollten. Unter anderem mit der Gründung der UNO, der Ausarbeitung ihrer Menschenrechtscharta oder dem Grundgesetz wurde die Unteilbarkeit der universellen Menschenrechte formuliert, das Recht auf Leben und Arbeit, das Verbot von Gewalt und das Gebot von Sozialstaatlichkeit. Mit den „4 D's“ im Potsdamer Abkommen

legten die Alliierten ebenso die erforderliche Demilitarisierung, Denazifizierung, Demonopolisierung und Demokratisierung des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Deutschland fest.

Wie eine zynische Verhöhnung der Geschichte und ihrer Lehren mutet dagegen heute die weltweite Aufrüstungspolitik an, in Zeiten, wo Gesundheitsschutz angeblich über allem steht. Der deutsche Verteidigungsetat stieg von 27,9 Milliarden Euro im Jahr 2006 auf mittlerweile 45 Milliarden und die Bundesregierung plant weiter massiv aufzurüsten, um ihrer Selbstverpflichtung in der NATO zu entsprechen. Das Geschäft mit deutschen Rüstungsexporten boomt auch in Kriegs- und Krisenregionen, und während das Corona-Konjunkturpaket bis zu 10 Milliarden Euro zur Unterstützung der deutschen Rüstungsindustrie vorsieht, gehen die Beschäftigten im Gesundheitsbereich leer aus.

In der durch die Corona-Pandemie zugespitzten sozialen, kulturellen, wirtschaftlichen und demokratischen Krise wird deutlich:

- Die massive Aufrüstungspolitik der NATO geht einher mit einem tödlich profitorientierten oder unterfinanzierten Gesundheitssektor und Gemeinwesen und muss beendet werden.
- Die Politik der Konfrontation und der internationalen Konkurrenz ist gescheitert, die Lösung für die globale Krise liegt in der internationalen Zusammenarbeit und Kooperation und im Ausbau des Sozialstaats.

Sozialaufbau und die Verwirklichung der uneingelösten Versprechen nach der Befreiung von Krieg und Faschismus sind das Gebot der Stunde. Wir wollen am diesjährigen Antikriegstag diskutieren, was dafür erforderlich ist und vor welchen Hindernissen wir stehen, um eine solche politische Dynamik zu entfalten.

Veranstaltung zum Antikriegstag

Dienstag, 1. September 2020, um 18:30 Uhr
in der Aula, Hauptgebäude der Uni Köln

Mit

- **Andreas Zumach**, Journalist und UNO-Korrespondent für die taz
- **Jürgen Grässlin**, Buchautor und Sprecher der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) und der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“

Moderation: Armin Himmelrath

Corona-Hinweise: Wegen einer Beschränkung der Besucher auf 130 bitten wir um Anmeldung an friedenkoeln@yahoo.com. Der Zugang zum Uni-Gebäude ist nur mit Maske erlaubt. Bitte erscheint möglichst frühzeitig für eine reibungslose Einweisung.



Veranstaltet vom **Arbeitskreis Zivilklausel an der Uni Köln** in Kooperation mit:

